



<https://biz.li/2w8t>

CDU/FDP BEGRÜSST AUSSCHUSS FÜR GLEICHSTELLUNG, INTEGRATION, ANTIDISKRIMINIERUNG UND DIVERSITÄT

Veröffentlicht am 11.05.2023 um 11:50 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Mit Beginn der aktuellen Wahlperiode, Ende 2021, hat die rot/grüne Mehrheit den vormals eigenständigen Gleichstellungsausschuss abgeschafft und in den Ausschuss für innere Organisationsangelegenheiten und Finanzen integriert. Zu Hochzeiten der Pandemie, die mit einem Rückschritt in der Gleichstellung einherging, ein für uns unverständlicher Vorgang", beschreibt Maria Hesse, gleichstellungspolitische Sprecherin der Gruppe CDU/FDP, den Hintergrund zum Antrag auf Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses. "In den kommenden Ausschusssitzungen zeigte sich, dass die Themen rund um den Komplex 'Gleichstellung' zu kurz kommen und nicht in der gebotenen Qualität debattiert wurden. Das hat die Gruppe CDU/FDP zum Anlass genommen und ein Jahr nach der Abschaffung des eigenständigen Gleichstellungsausschusses die Wiedereinführung zu beantragen. Umso verwunderter waren wir, dass Rot/Grün diesem Antrag nicht auf Anhieb zustimmen konnten. Gleichstellung ist ein Kernthema von Bündnis 90/Die Grünen und auch in der Regionsverwaltung tief verankert", so Hesse zum Antrag der Gruppe CDU/FDP vom 22. November 2022. "Die Region Hannover hat es sich zum Ziel gemacht allen Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten zu geben, und die Gleichstellung von Frau und Mann ist dabei ein zentrales Prinzip. Auch die CDU setzt sich dafür ein, dass Frauen und Männer auf allen Ebenen gleichberechtigt beteiligt sind", erklärt Hesse. "Gut ein halbes Jahr später freuen wir uns jetzt über den Beschluss, dass es nach der sitzungsfreien Zeit im Sommer einen neuen Ausschuss für Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Diversität geben wird. Grundlage dafür ist ein thematisch erweiterter Antrag, der interfraktionelle Zustimmung findet. Für die Gruppe CDU/FDP ist entscheidend, dass das wichtige Thema Gleichstellung jetzt wieder in gebührendem Rahmen diskutiert werden kann, diese Entscheidung ist längst überfällig", so Hesse abschließend.